

## **Koalitionsvereinbarung Verkehr – „Grüner Wegweiser“ zur nachhaltigen Mobilität**

Der neue Koalitionsvertrag bietet die Chance, die eingeleitete Trendwende zu einer neuen, umweltorientierten Verkehrspolitik mit weiterem Schwung zu versehen. Vorbild sind die grundlegenden ökologischen Umorientierungen, die in der Energie- und Landwirtschaftspolitik bereits vollzogen werden konnten.

### **Leitbild Nachhaltigkeit**

Die Verkehrspolitik wird sich künftig am Leitbild der nachhaltigen Mobilität orientieren, so wie sie in der „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ der Bundesregierung beschrieben ist. Bewegungsfreiheit gewährleisten, zugleich aber negative Folgen des Verkehrs wie Klimaschäden, Lärm, Energie- und Flächenverbrauch begrenzen. Genau diese Zielsetzung setzt sich der rot-grüne Koalitionsvertrag für die kommenden vier Jahre. Der Verkehrsbereich ist damit in eine langfristig angelegte Politik der ökologischen und sozialen Modernisierung eingebunden.

### **Gleiche Chancen, verursachergerechte Kosten**

Die Bahn muss billiger werden und braucht Chancengleichheit. Deshalb wird die Mehrwertsteuer, wie bereits im Nahverkehr gänzlich und innerhalb der EU weitgehend üblich, ab 2005 auch im Fernverkehr auf 7 Prozent gesenkt. Damit wird im Anschluss an die Einführung des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG die Fahrkarte nochmals um gut ein Zehntel preiswerter. Zusätzlich wird damit die Voraussetzung dafür geschaffen, vernetzte Angebote zwischen ÖPNV und dem Schienenfernverkehr zu machen (City-Ticket). Innerdeutsche Flüge bzw. Kurzstrecken wollen wir auf die Bahn verlagern.

Beim Flugverkehr ist ein erster Schritt zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen geschafft. Flüge von Deutschland ins EU-Ausland sind künftig mehrwertsteuerpflichtig. Damit übernehmen wir eine europäische Vorreiterrolle. Darüber hinaus wird Rot-Grün die Einführung einer Kerosinsteuer innerhalb der EU sowie einer flugstreckenbezogenen Emissionsabgabe und eine weitere Differenzierung von Start- und Landegebühren nach Emissionen vorantreiben.

Bei der bereits beschlossenen LKW-Maut wird die verkehrsträgerübergreifende Verwendung der Netto-Einnahmen zu gleichen Teilen für Straße und Schiene/Wasserstraße nochmals festgeschrieben.

Erstmals wird festgehalten, dass sich die Preise der Mobilität an den verursachten Kosten inklusive der Umweltkosten (externe Kosten) ausrichten sollten. Rot-Grün unterstützt damit die Linie der EU-Kommission und wird dementsprechend für die Umsetzung dieser Zielsetzung eintreten.

### **Investitionen pro Bahn und Bestand**

Der Schienenverkehr hat bei den Investitionen weiterhin einen großen Nachholbedarf. Diesem wird, trotz der offenkundigen Einsparzwänge im Bundeshaushalt, mit einer Fortschreibung der erreichten Rekordinvestitionen Rechnung getragen. Das schafft Planungssicherheit und eine stabile Grundlage, um die Bahn zu einem schnellen und komfortablen Mobilitätsangebot auszubauen. Die Runderneuerung der Bahn wird fortgesetzt.

Die Investitionen in Straße und Schiene werden auch künftig über alle Töpfe hinweg gleich verteilt. Bis zum Ende des Jahrzehnts werden die Investitionen auf 90 Milliarden Euro beziffert. Das bedeutet eine Fortschreibung des heutigen Niveaus von 12,5 Milliarden Euro jährlich. Im Mittelpunkt steht ausdrücklich die Bestandserhaltung so-

wie die gezielte Engpassbeseitigungen. Sie erhalten Vorrang vor flächeverbrauchenden Neubaumaßnahmen.

### **Verkehrswegeplanung wird an Nachhaltigkeit orientiert**

Eine wichtige Grundlage für die Investitionen in die Verkehrswege wird der zügig fertigzustellende Bundesverkehrswegeplan (BVWP) spielen, der in der abgelaufenen Wahlperiode hinsichtlich seiner Kostenansätze und Bewertungskriterien gründlich modernisiert wurde. Dabei müssen die vorliegenden Ergebnisse hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, der räumlichen Auswirkung und der Umweltverträglichkeit „in einem gegenseitigen Abwägungsprozess im Sinne nachhaltiger Mobilität“ zusammengeführt werden. Und: Der neue BVWP wird auf einer ehrlichen Finanzplanung basieren müssen, womit im Ergebnis ein Zwang zur Auswahl und Setzung von Prioritäten verbunden ist.

### **Push für die Schiene und den ÖPNV**

Wir werden den öffentlichen Personenverkehr weiter ausbauen. Dazu gehört ein flächendeckendes Angebot von Bus und Bahn mit durchgängigen Fahrscheinen und, Fahrplanauskünften, die für jeden Fahrgast alle Verbindungen aus einer Hand zugänglich macht.

Wettbewerb sorgt für günstige Preise und mehr Angebote. Daher wollen wir auch im öffentlichen Verkehr für alle Anbieter einen Marktzugang unter Beachtung ambitionierter und verbindlicher Umwelt- Sozial- und Qualitätsstandards gewährleisten.

Wir werden die Bahn künftig noch attraktiver machen –sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr. Rot-Grün setzt sich für einen uneingeschränkten und diskriminierungsfreien Zugang zur Eisenbahninfrastruktur in Deutschland und Europa ein. Dementsprechend werden die Ergebnisse der „Task Force Schiene“ konsequent umgesetzt und das Eisenbahnrecht entbürokratisiert. Die Verantwortung für das Schienennetz verbleibt in öffentlicher Hand.

Es ist unser erklärtes Ziel, den Güterverkehr auf der Schiene bis 2015 zu verdoppeln. Um dies zu erreichen, werden wir neben den hohen Schieneninvestitionen die Reaktivierung und Errichtung von Gleisanschlüssen künftig gezielt fördern. Zusätzlich werden weitere Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung getroffen, u.a. mit einer wirtschaftlichen Förderung des Kombinierten Verkehrs.

### **Transrapid/Metrorapid muss sich rechnen**

Beim Thema Transrapid/Metrorapid bleibt der Bund bei seiner prinzipiellen Zusage zur Unterstützung der Länderprojekte mit einem Bundeszuschuss von bis zu 2,3 Milliarden Euro, sofern belastbare Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitskonzepte vorgelegt werden können. Diese sind nicht in Sicht.

### **Naturnahe Binnenschifffahrt**

Mit dem rot-grünen Koalitionsvertrag wird in der Binnenschifffahrt ein Schritt vollzogen, für den grüne und Umweltverbände seit Jahren gekämpft haben. Mit der nun vereinbarten neuen Flusspolitik sind die Ausgangsbedingungen für eine naturnahe Binnenschifffahrt geschaffen. Die Schiffbarkeit der Donau wird zwischen Straubing und Vilshofen ohne Staustufen sichergestellt. Gleiches gilt für die Saale, wo bislang ebenfalls eine Staustufe geplant war. Die untere Havel wird 2006 aus dem Netz der Bundeswasserstraßen herausgenommen. Einen echten Durchbruch stellt auch die Festlegung zur Elbe dar: „Die Ausbaumaßnahmen und in ihren Auswirkungen vergleichbare Unterhaltungsmaßnahmen auf der Elbe werden nicht umgesetzt.“

Flüsse werden Flüsse bleiben, der Umbau zu aufgestauten und begradigten Wasserstraßen ist gestoppt. Und: Die langjährige Forderungen nach angepassten Schiffsbauweisen, wird aufgegriffen: „Die Befahrbarkeit der Flüsse sollte durch die Entwicklung flussangepasster Binnenschiffe verbessert werden.“

### **Effiziente Antriebe und saubere Energien**

Energieeffizienz und Einstieg ins Solarzeitalter sind das Markenzeichen grüner Energiepolitik. Dies wird in den kommenden Jahren auf den Verkehrsbereich übertragen. Wichtige Eckpunkte sind:

- Die Ökosteuer wird im Jahr 2004 u.a. vor dem Hintergrund klimapolitischer Zielsetzungen fortentwickelt.
- Die Kfz-Steuer wird künftig an CO<sub>2</sub>-Werten und nicht mehr am Hubraum orientiert. Damit werden 3-,4- und 5-Liter-Autos weiterhin bevorzugt, aber auch der Flottenverbrauch wirksamer als bisher gesenkt.
- Die Steuerermäßigung für Erdgasautos wird bis 2020 verlängert.
- Die Entwicklung und Markteinführung von Null-Emissions-Fahrzeugen wird politisch unterstützt.
- Die biogenen Treibstoffe sollen verstärkt gefördert werden.

Die Problematik des Dieselruß wird gesondert geregelt. Hier soll neben steuerlichen Anreizen eine Fortentwicklung der europäischen Abgasnormen zur Einführung des Partikelfilters oder vergleichbarer Lösungen führen.

### **Rad und neue Dienstleistungen**

Der Radverkehrsanteil soll kontinuierlich erhöht werden. Mit den „Nationalen Radverkehrsplan“ haben wir in der letzten Wahlperiode politisch in die Pedale getreten. Dieser wird nun konsequent umgesetzt. Die Bundesmittel für den Radwegebau werden auf dem verdoppelten Niveau gehalten.

Erstmals hat sich der Bund ausdrücklich die Unterstützung neuer Mobilitätsdienstleistungen wie CarSharing und Fahrradverleih zur Aufgabe gemacht.

### **Mehr Lärmschutz und mehr Sicherheit im Verkehr**

Verkehrslärm stellt eine immer größer werdende Belastung dar. Rot-Grün hat sich daher ein Fluglärmgesetz zum Ziel gesetzt, das den Schutz der Bevölkerung deutlich verbessert. Das seit 1998 aufgelegte Programm zur Lärmsanierung vorhandener Schienenstrecken wird fortgesetzt und zusätzlich um eine aktive Unterstützung der Verkehrswirtschaft ergänzt. Neu ist ein vergleichbares Programm zur Lärmsanierung an Autobahnen, das erstmals an vorhandenen Abschnitten Belastungen abbauen wird.

Im Vordergrund von Maßnahmen zur Verkehrssicherheit stehen junge Fahrer, schwächere Verkehrsteilnehmer und insbesondere Fußgänger.

### **Fazit**

Der Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage, um die bislang erreichten Erfolge für eine ökologische Mobilität zu einem verkehrspolitischen Aufbruch zu formen. Bündnis 90/Die Grünen werden streitbar und mit Engagement an der Umsetzung der konkreten Schritte und beschriebenen Zielsetzungen arbeiten. Das Leitbild einer nachhaltigen Mobilität werden wir zum „grünen Wegweiser“ einer neuen Verkehrspolitik machen.